

Niederschrift

über die am **Dienstag, dem 25. Juni 2019** im Gemeindeamt Parndorf abgehaltene **öffentliche Sitzung des GEMEINDERATES:**

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 23:10 Uhr

Anwesend waren: Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, LIPA als Vorsitzender

Vizebürgermeister Franz Huszar, LIPA

Gemeindevorstandsmitglied Norbert Samwald, SPÖ

Paul Czerwenka, LIPA

Ing. Wolfgang Daniel, LIPA

Michael Koss, SPÖ

Michael Boschner, LIPA

Gemeinderatsmitglied Mag. Rudolf Ladich, LIPA

Gemeinderatsmitglied Johann Rechberger, SPÖ

Franz Peter Bresich, ÖVP

Ing. Wolfgang Kment, LIPA

Yakup Atalay, SPÖ

Stefan Vestl, LIPA

Gabriele Arndt, LIPA

Ing. Stefan Pfaller, ÖVP

Wilhelm Laufer, LIPA

Dr. Christa Wendelin, GRÜNE

Gottfried Wallentich, SPÖ

Eva Nebenmayer, LIPA

Ersatzmitglied Dieter Kooosz, SPÖ

Christine Henhapl, LIPA

Christian Ortner, LIPA

Christine Mujzer, SPÖ,

Michaela Strantz, FPÖ, sowie OAR Otto Lippert als Schriftführer. Er-

win Lippert, SPÖ, Reinhold Hermann und Ersatzmitglied Heinz-Peter Neuner, beide LIPA, sind der Sitzung entschuldigt ferngeblieben. Mag. Rudolf Ladich und Eva Nebenmayer sind entschuldigt verspätet bei Behandlung des Tagesordnungspunktes 2b zur Sitzung erschienen. Eva Nebenmayer hat sich entschuldigt nach Abschluss der Beratungen zum Tagesordnungspunkt 8.ab) von der Sitzung entfernt.

Den Gemeinderatsmitgliedern ist mit der Einladung nachstehende Tagesordnung zugegangen:

Tagesordnung:

1.) TEILBEBAUUNBGSPÄNE

a) „Am Anger“, Verordnung

b) „Waldweg“, Verordnung

2.) BERICHTE

a) Prüfungsausschuss vom 13.06.2019

b) Breitspurbahn

3.) STANDESAMTSVERBAND NEUSIEDL/See, Beitritt

4.) JURENICH Martin und Ing. KERSTAN Peter, Hausplatzerweiterung Meierhofgasse

5.) JUZ-Betreuung, Stellenausschreibung

6.) JPN Liegenschaftsverwaltung GmbH, IGP Liegenschaftsverwaltung GmbH und MGP GmbH, Antrag zur Umwidmung von Grundstücken in Ried Mekoticza und Kälberweide

7.) KOPP Sigrid, Amtsleiterstellvertreterin, Funktionszulage

8.) POSTENVERGABEN

a) Kindergartenpädagoge/in

aa) Karenzvertretung, Vollzeit

ab) Teilzeit

b) Gehobener Gemeindedienst - Bauamt

9.) Allfälliges

Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs begrüßt die erschienenen Gemeindevertreter und eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße elektronische Einberufung der Sitzung am 11. Juni 2019 und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Begläubiger der Niederschrift über diese Sitzung bestimmt er Wilhelm Laufer und Christine Mujzer. Der Antrag des Bürgermeisters, die Tagesordnung um den Punkt „7.) **Graben Krautgärten, Verkauf als Hausplatzerweiterung Waldweg**“ zu erweitern, wird einstimmig angenommen. Der Gemeinderat stimmte seinem Antrag auf Grund der Dringlichkeit einstimmig zu, die Tagesordnung so zu ändern und zu ergänzen: „8.) Postenvergaben, a) Kindergartenpädagoge/in, ab) Teilzeit unbefristet und ac) Teilzeit befristet“. Allfälliges wird nachgereicht. Der Antrag des Bürgermeisters, die neuen Tagesordnungspunkte 8.) und 9.) nicht öffentlich abzuwickeln, da hier Personalangelegenheiten behandelt werden, wird einstimmig angenommen. Die Protokolle über die öffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 19.03.2019 und die nichtöffentliche Gemeinderatssitzung vom 23.05.2019 werden zur Kenntnis genommen. Zum Protokoll über die öffentliche Gemeinderatssitzung vom 23.05.2019 verlangte Ing. Wolfgang Kment eine Änderung des Textes zum Tagesordnungspunkt „11.) Park&Ride-Anlage Bahnhof Parndorf“, weil in dieser Version nicht klar erkennbar ist, dass er selbst für die Annahme des vorliegenden Vertragsentwurfes war.

Danach wird mit der Beratung begonnen.

1.) TEILBEBAUUNGSPLAN

a) „Am Anger“, Verordnung (Audio 00:08:20-00:09:40)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtet, dass das Beschlussexemplar zum Teilbebauungsplan „Am Anger“ seitens des Raumplaners AIR Kommunal- und Regionalplanung GmbH in Abstimmung mit dem Bauausschuss vorgelegt wurde. Die Kundmachung über die Auflage dieses Teilbebauungsplanes war vom 25.03.2019 bis 20.05.2019 an der Amtstafel ausgehängt. Es wurden keine weiteren Einwände oder Erinnerungen eingebracht. Über die gleichlautenden Anträge von Wilhelm Laufer und Michael Koss beschließt der Gemeinderat einstimmig die Verordnung Zahl: 44/0-1-2019, die einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses bildet und diesem Protokoll als Kopie beigelegt ist.

b) „Waldweg“, Verordnung (Audio 00:09:40-00:11:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtet, dass das Beschlussexemplar zum Teilbebauungsplan „Waldweg“ seitens des Raumplaners AIR Kommunal- und Regionalplanung GmbH in Abstimmung mit dem Bauausschuss vorgelegt wurde. Die Kundmachung über die Auflage dieses Teilbebauungsplanes war vom 11.04.2019 bis 07.06.2019 an der Amtstafel ausgehängt. Es wurden keine weiteren Einwände oder Erinnerungen eingebracht. Über die gleichlautenden Anträge von Wilhelm Laufer und Michael Koss beschließt der Gemeinderat mit 22 Zustimmungen, einer Gegenstimme von Dr. Christa Wendelin und einer Stimmenthaltung von Ing. Stefan Pfaller die Verordnung Zahl: 32/2-1-2017, die einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses bildet und diesem Protokoll als Kopie beigelegt ist.

2.) BERICHTE

a) Prüfungsausschuss vom 13.06.2019 (Audio 00:11:00-00:12:10)

Johann Rechberger bringt dem Gemeinderat das Protokoll über die Sitzung des Kassaprüfungsausschusses vom 13.06.2019 vollinhaltlich zur Kenntnis. Der Gemeinderat nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis. Das gegenständliche Protokoll ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichts und wird diesem Protokoll als Kopie beigelegt.

b) Breitspurbahn (Audio 00:12:10-00:21:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtet, dass sich der Widerstand betreffend der Breitspurbahn immer mehr formiert. Weitere Gemeinden und Gruppierungen schließen sich an. Das Interesse einer Beteiligung ist groß. Die SPÖ, ÖVP, LIPA und LIKI (Kittsee) haben bereits Bezirksbeschlüsse gegen diese Bahn beschossen. Die gemeindeübergreifende Bürgerinitiative hat mit Schreiben vom 03.06.2019 bereits einen Antrag an das Bundesministerium für Verkehr und die ÖBB-Infrastruktur AG auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß §4 UIG gestellt, der diesem Protokoll beigelegt ist. Jetzt ist der Antrag der SPÖ Parndorf für eine „Resolution gegen die Breitspurbahn in unserer Region“ eingelangt. Der Bürgermeister kritisierte, dass bei diesem Thema die SPÖ parteipolitische Interessen verfolgt, weil die Kraft im Widerstand gegen dieses Projekt in der Überparteilichkeit liegt. Er appelliert an die Einhaltung dieser Absprache. Norbert Samwald begründete ihren Resolutionsvorschlag damit, dass damit die Aufforderung zur Vorlage der echten und vollständigen Information durch die zuständigen Stellen unterstützt wird. Auf eine Anfrage von Dr. Christa

Wendelin berichtete der Bürgermeister, dass Ing. Franz Vihanek, der Bürgermeister von Gattendorf, grundsätzlich nicht gegen dieses Projekt ist, weil es aus dessen Sicht nicht verhindert werden kann. Durch die Umsetzung würden dann die negativen Auswirkungen auf die Umwelt auf alle Fälle eintreten, dann sollten die Gemeinden in der Region zumindest den wirtschaftlichen Vorteil aus den zusätzlichen Steuereinnahmen ziehen. Nach weiterer eingehender Debatte beschloss der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Norbert Samwald, Gabriele Arndt, Dr. Christa Wendelin, Franz Peter Bresich und Michaela Strantz einstimmig die „Resolution gegen die Breitspurbahn in unserer Region“, die diesem Protokoll beigelegt ist.

3.) STANDESAMTSVERBAND NEUSIEDL/See, Beitritt (Audio 00:21:00-00:30:30)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs erinnerte, dass der Beitritt der Gemeinde Parndorf zum „Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband Bezirk Neusiedl am See“ bereits seit einiger Zeit geprüft wird. Jetzt wird eine Entscheidung dazu aktuell, weil die Standesbeamtin Helma Brunner mit Ende Mai 2020 die Ruhephase ihrer Altersteilzeit antritt und durch den Abbau von Resturlaub und dergleichen schon früher nicht mehr aktiv im Dienst sein wird. Bei einem eventuellen Beitritt würde eine notwendige Nachbesetzung dieses Dienstpostens mit der Absolvierung einer entsprechenden Ausbildung entfallen. Etliche Arbeiten wie zum Beispiel die Übermittlung von Urkunden oder Trauungen können im Rahmen des Bürgerservices weiterhin im Gemeindeamt erledigt werden. Der Beitrag der Gemeinden liegt derzeit bei etwa € 2,10 pro Einwohner und Jahr, wobei der Verband den Gemeinden Leistungen nach einer Tarifliste vergütet. Nach weiterer eingehenden Beratungen beschloss der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Gabriele Arndt, Michael Koss, Dr. Christa Wendelin, Ing. Stefan Pfaller und Michaela Strantz einstimmig den Beitritt zum „Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband Bezirk Neusiedl am See“ gemäß §16 der Satzungen des Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbandes Bezirk Neusiedl am See zum 01. Jänner 2020 zu beantragen.

4.) JURENICH Martin und Ing. KERSTAN Peter, Hausplatzerweiterung Meierhofgasse (Audio 00:30:30-00:34:50)

Ing. Stefan Pfaller ist als befangen und verlässt den Sitzungssaal.

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass nach einem Lokalaugenschein mit allen Beteiligten Antragstellern und Anrainern der Verlauf der neuen straßenseitigen Grundstücksgrenzen und somit auch die Flächen der Hausplatzerweiterung einvernehmlich festgelegt wurden. Auf eine Anfrage von Franz Peter Bresich erklärte er, dass die Käufer das Servitut für die bestehende Stromleitung übernehmen müssen. Zusätzlich kündigte er an, dass hier kein Gehweg gebaut werden soll. Die zwischen neuer Grundgrenze und dem bestehenden Fahrbahnrand entstehende Fläche soll für Grünflächen mit Baumbepflanzungen und Parkplätze genutzt werden, weil auch die Anrainer vermehrt das unregelmäßige Parken in dieser Zone kritisiert. Danach beschloss der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Franz Huszar, Gottfried Wallentich und Michaela Strantz einstimmig, den Eigentümern des Grundstückes Nr.465 die Teilfläche 1 des Grundstückes Nr.445/3 mit 58 m² und dem Eigentümer des Grundstückes Nr.470 die Teilfläche 2 des Grundstückes Nr.445/3 mit 190m² zum Preis von € 65,- pro Quadratmeter zu verkaufen, wobei das Servitut für die bestehende Stromleitung übernommen werden muss. Die Käufer haben sämtliche Kosten für die Grundstücksübertragung zu übernehmen und werden eingeladen, der Gemeinde den notwendigen Kaufvertrag vorzulegen.

Ing. Stefan Pfaller nimmt nach Abschluss der Beratungen am weiteren Sitzungsverlauf teil.

5.) JUZ-Betreuung, Stellenausschreibung (Audio 00:34:50-01:01:50)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass Astrid Weinöhrl ihren Werkvertrag für die Stelle der leitenden Jugendbetreuerin im Jugendzentrum JUZ Parndorf zum 30.06.2019 kündigte. Er regte an zu überlegen, ob diese Stelle nicht mit einem bedarfsabhängigen Mitwirken bei der Tagesheimbetreuung in der Volksschule Parndorf kombiniert werden kann. Danach berichtete Jugendgemeinderat Franz Peter Bresich, dass es bei den Jugendbetreuern im JUZ noch weitere offene Fragen gibt: die zweite Stelle möchte wegen dem Studium Zeiten reduzieren, die Dritte macht ihre weitere Mitarbeit von der neuen Leiterperson abhängig. Er schloss sich daher der Anregung des Bürgermeisters zur Kombinierung der neu zu besetzenden Stelle mit der Tagesheimbetreuung in der Volksschule Parndorf, eventuell als Vollzeitstelle, an. Abschließend erinnerte er, dass die von der Gemeinde Parndorf übernommenen Ausbildungskosten von Astrid Weinöhrl entsprechend der abgeschlossenen Vereinbarung jetzt mit Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses an-

teilig zurückzuzahlen sind. Auf eine Anfrage von Stefan Vestl sagte er, dass der Besuch jetzt konstant zwischen 10 und 15 Jugendlichen steht, wobei diese Zahl in den Sommerferien niedriger ist. Im Zuge der folgenden Beratungen forderte der Bürgermeister von der Arbeitsgruppe „JUZ“ ein Konzept für die Weiterführung des Jugendzentrums mit einer definierten Zielsetzung. Nach dem aktuellen Stand kostet die Betreuung eines Jugendlichen pro Jahr unter Berücksichtigung der Miet- und Personalkosten mindestens € 5.000,-, wobei die Annahme durch die Zielgruppe bescheiden ist. An Hand dieser Kosten-Nutzenrechnung ist erkennbar, wie effizient, wichtig und wertvoll die Jugendarbeit der verschiedenen ortsansässigen Vereine ist. Nach einer eingehenden Debatte stellte Michael Koss den Antrag, den frei gewordenen Posten wie beim letzten Mal in Form eines freien Dienstverhältnisses mit einer Beschäftigungszeit von 10 Stunden wöchentlich auszuschreiben. Die weitere Vorgangsweise und Art des Betriebes soll danach von der Arbeitsgruppe „JUZ“ mit dem Betreuersteam abgestimmt und erarbeitet werden. Dr. Christa Wendelin, Michael Boschner, Franz Peter Bresich und Michaela Strantz schlossen sich diesem Antrag an, den der Gemeinderat einstimmig beschloss. Michael Boschner wird einen Entwurf des Ausschreibungstextes erstellen. Die Bewerbungsfrist wird mit 26. Juli 2019 festgelegt. Christian Ortner sagte, dass die durchschnittliche Anwesenheit von zumindest 20 Jugendliche im JUZ als Ziel verlangt werden sollte. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs wies darauf hin, dass die Wirtschaftlichkeit des Betriebes des JUZ ein wesentlicher Faktor in der Festlegung des neuen Betriebskonzeptes sein muss.

6.) JPN Liegenschaftsverwaltung GmbH, IGP Liegenschaftsverwaltung GmbH und MGP GmbH, Antrag zur Umwidmung von Grundstücken im Ried Mekoticza und Kälberweide (Audio 01:01:50-02:52:40)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtet, dass die JPN Liegenschaftsverwaltung GmbH, IGP Liegenschaftsverwaltung GmbH und MGP GmbH mit Eingabe vom 06. Mai 2019 die Änderung der Flächenwidmung von „Grünland, landwirtschaftlich genutzt GI“ in „Bauland Betriebsgebiet BB“ einer genau definierten Fläche im Bereich südlich der A4 zur Grenze zur Gemeinde Neusiedl am See zur Ansiedlung eines Interspars und eines Bürogebäudes angesucht haben. Im Bericht der ABEG über die Entwicklungsmöglichkeiten 2018 wurde dieser Bereich auch als Reserve für Ansiedlungen ab einem gewissen Verwertungsstand in den als „Bauland Betriebsgebiet BB“ gewidmeten Flächen in den Wirtschaftsparks Parndorf und Neusiedl am See dargestellt. Zum Anschluss dieses Bereiches von der B50 bis zum Kreisverkehr XXXLutz an das jetzt noch fehlende Infrastrukturnetz besteht ein gültiger Vertrag zwischen den Gemeinden Parndorf und Neusiedl am See, dass an die Versorgungsnetze aus Neusiedl am See angeschlossen wird und die aus dem Anschluss und Betrieb der Netze fälligen Abgaben und Gebühren an die Gemeinde Neusiedl am See gehen. Ein Zeitpunkt der frühesten Schaffung eines neuen Betriebsansiedlungsgebietes in diesem Bereich wurde hier nicht vereinbart.

Danach kritisierte er die Vorgangsweise der Grünen, die unrichtige Angaben an die Presse weitergaben, ohne dass das Projekt vorher in den jeweiligen Gemeindegremien behandelt worden ist. So umfasst der Antrag nicht wie im Kurier unter Berufung auf die Grünen gemeldet 250.000 m², sondern 44.348 m². Auch verläuft der Wildwechselkorridor vom Neusiedlersee zum Leithagebirge nicht durch diese Region, weil das hier durch die A4, die B50 und die bestehenden Verbauungen schon seit Jahrzehnten unterbunden ist. Er wies auf die grundsätzliche Verschwiegenheitspflicht hin bis zu dem Zeitpunkt, wo Projekte oder auch andere Geschäftsfälle durch die Behandlung im Gemeinderat öffentlich werden, hin. Er erinnerte, dass die Überlassung der Unterlagen für Gemeinderatsthemen ein reines Zuvorkommen darstellt. Die Vorbereitung auf Gemeinderatssitzungen durch Einsichtnahme in die jeweiligen Unterlagen muss bei Verletzung der grundsätzlichen Verschwiegenheitspflicht im Gemeindeamt während der üblichen Bürozeiten sein.

Der Bürgermeister erklärte den bisherigen Ablauf einer Projektentwicklung im Wirtschaftspark: nach Vorliegen der Projektunterlagen werden die notwendigen Voraussetzungen für eine Machbarkeit und die Vollständigkeit der benötigten Unterlagen geprüft. Danach werden eventuell fehlende Unterlagen nachgefordert und erste Stellungnahmen oder Beurteilungen der betroffenen Sachverständigen, Infrastrukturbetreiber und Nachbargemeinde eingeholt. Er sagte weiter, dass er eine Vorbehandlung dieses Antrages im Sinne dieser Vorgangsweise in der nächsten Sitzung des Bauausschusses geplant hätte. Die Antragsteller haben seit dem Einlangen des Antrages am 06. Mai 2019 wiederholt eine raschere Behandlung urgiert, was sie mit dem Druck von Spar begründeten. Auf Grund dieser kurzen Vorlaufzeit konnte die übliche Vorgangsweise nicht eingehalten werden und der Antrag wurde dem Gemeinderat direkt zur Behandlung vorgelegt.

Im Falle einer Änderung der Flächenwidmung im Sinne des Antrages wird auf Basis bestehender Verträge

ein Verkehrserschließungskostenbeitrag von € 15,- pro Quadratmeter an die ABEG fällig. Die in den vorliegenden Planunterlagen dargestellte Verkehrserschließung mit der Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz ist eine Idee der Planer, die nicht mit den Verkehrssachverständigen abgestimmt und daher auch nicht freigegeben ist. Die Tragung der Kosten dafür ist nicht geregelt. Gegenüber der ABEG steht die Gemeinde Parndorf in der Pflicht. Die ABEG führt aktuell drei im ursprünglichen Konzept für Verkehr verbessernde Maßnahmen festgelegte Bauabschnitte aus: Ausbau „Kreuzung 7-P&R/Heidehofweg“ in Parndorf, Rechtsabbieger auf A4 zu B50 in Richtung Süden, Umbau der B51 in Neusiedl am See „Hirschfeldspitz“. Im IZP laufen derzeit folgende Bauprojekte: Der Zubau beim Pannonia Tower ist abgeschlossen; Das IBIS-Hotel liegt im Bauzeitplan, die Eröffnung ist für Juni 2020 vorgesehen; bei PADO II wird bereits mit dem Bau der Erschließungsstraße begonnen; das Outdoorcenter der OEZ ist bewilligt, mit den Bauarbeiten soll im Herbst 2019 begonnen werden; Pannonia Tower plant die Errichtung eines weiteren Beherbergungsbetriebes südlich des bestehenden Hotels. OEZ plant auf der freien Flächen zwischen ihrem bewilligten Projekt und dem neuen Beherbergungsbetrieb ein weiteres Projekt. Im westlichen Winkel zwischen der A4 und der B50 wurden mit den Bauarbeiten zum Fachmarktzentrum „Frunpark“ auch schon begonnen. Der weitere Ausbau stockt jetzt, weil offensichtlich mit INTERSPAR der angekündigte Ankerbetrieb den Standort wechseln will. Durch alle diese bekannten Vorhaben ist gibt es keine fundierte Kenntnis der Entwicklung des Verkehrs, der Verkehrsströme und der Lärmentwicklung in dieser Region. Aus diesem Grund werden auch Möglichkeiten für die Optimierung des Kreisverkehrs PADO zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit in der Verkehrsabwicklung geprüft. Auf Grund dieser Situation ist es fraglich, ob bei dem Angebot von bewilligten Handelsprojekten ein weiterer Standort für einen großen Nahversorger neu geschaffen werden soll. Merkur ist im angrenzenden Neusiedler Gebiet in PADO II Ankerbetrieb. Frunpark hat den Ausbau ihres Projektes nach deren Angaben auf Grund der Zusagen von INTERSPAR in Angriff genommen. Es hat den Eindruck, als würde INTERSPAR diesen neuen Standort zur Optimierung ihres Geschäftserfolges ohne Rücksicht auf die bestehenden Gegebenheiten anstreben.

Die direkt angrenzende Nachbargemeinde hätte in einem Verfahren zur Änderung der Flächenwidmung Par- teistellung. Auf Grund der großen freien Flächen im Betriebsgebiet der LVA stehen so große Baulandreserven für Betriebsansiedlungen zur Verfügung, dass von dieser Seite mit einer ablehnenden Stellungnahme gerechnet werden muss.

Sicherlich interessant wäre der im südlichen Bereich des beantragten Areals angeordnete Bürobereich. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass einer der Antragsteller im als „Bauland Betriebsgebiet BB“ gewidmeten IZP eine noch unbebaute Fläche besitzt, wenn hier tatsächlich dringender Bedarf bestehen sollte. Auch die WBN und die Firma Mareto haben für solche Zwecke noch freie Bauplatzreserven mit einer entsprechenden Baulandwidmung.

Im Zuge der folgenden eingehenden Debatte erklärte Dr. Christa Wendelin, dass die gesamte Fläche südlich der A4 zur Grenze zur Gemeinde Neusiedl am See etwa 250.000 m² umfasst, davon gehören etwa 90.000 m² den Antragstellern, wovon etwa 44.000 m² zur Umwidmung in Betriebsansiedlungsgebiet eingereicht wurden. Sie erinnerte daran, dass Parndorf Klimaschutzgemeinde und damit auch eine Verpflichtung zum Bodenschutz eingegangen ist. Außerdem stehen in der Region ausreichend Baulandreserven für sinnvolle Betriebsansiedlungen zur Verfügung. Michael Koss ergänzte, dass in Österreich täglich 22 Hektar Boden versiegelt werden. Mag. Rudolf Ladich wies darauf hin, dass die Antragsteller ein Naheverhältnis zu Parndorf und der Region haben und dass speziell der geplante Bürokomplex aus seiner Sicht sehr interessant ist, weil hier sicherlich Arbeitsplätze mit höherer Qualifikation geschaffen würden, was auch höhere Löhne und dadurch höhere Einnahmen aus der Kommunalsteuer zur Folge hätte. Die Gemeinde hat diese Einnahmen in Hinblick auf die bevorstehenden Ausgaben für die Veranstaltungshalle, dem weiteren Ausbau der Volksschule und eines vierten Kindergartens sicherlich notwendig. Daher regte er an, das Verfahren für die geplante Änderung des Flächenwidmungsplanes einzuleiten und hier die entsprechenden Stellungnahmen und Beurteilungen der befassten Sachverständigen einzuholen. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs entgegnete, dass absehbar kein vierter Kindergarten geplant ist und wies auf die bekannten offenen und eigentlich nicht absehbaren Probleme mit Verkehr und Lärm hin. Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen sind Argumente, denen jedoch nicht die Lebensqualität unterworfen werden sollte. Johann Rechberger war der Meinung, dass eine Baulandwidmung in diesem Bereich auch die schnellere Verwertung im Betriebsgebiet Neusiedl am See zur Folge haben würde. Gottfried Wallentich sagte, dass mittelfristig diese Baulücke sicherlich geschlossen werden würde. Auf mehrere Anfragen erklärte Otto Lippert, dass befristete Flächenwidmung

möglich ist, wobei die Einhaltung dieser Frist auch privatrechtlich abgesichert werden sollte. Eine projektgebundene Flächenwidmung ist nicht möglich. Flächenwidmungen können nur kategorisch festgelegt werden, was zur Folge hat, dass die Gemeinde keinen Einfluss auf Betriebsansiedlungen mehr hat, wenn sie die in das Profil der jeweiligen Flächenwidmungskategorie passen. Danach stellte Norbert Samwald den Antrag, einen Grundsatzbeschluss zur Einleitung der beantragten Änderung der Flächenwidmung zu fassen. Stefan Vestl sprach sich sofort dagegen aus. Ing. Stefan Pfaller erklärte, dass bei objektiver Betrachtung wegen der vorhandenen Baulandreserven jetzt aktuell kein Bedarf zur Schaffung von neuem Betriebsansiedlungsgebiet besteht. Michael Boschner und Michaela Strantz stellten den gleich lautenden Antrag, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Nach eingehender Debatte unterbricht Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs nach Antrag von Christine Mujzer von 21:05 Uhr bis 21:20 Uhr die Sitzung Beratungen für interne Beratungen der Fraktionen.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen sagte Franz Peter Bresich, dass das diskutierte Areal empfindungsgemäß weit von Parndorf weg ist, PADO II und Frunpark die doppelte Fläche umfasst, Frunpark kein erkennbares Grünkonzept hat, die Gesellschafter der Antragsteller zu großem Teil ein Nahverhältnis zu Parndorf haben und speziell der Bürobereich wirtschaftlich interessant ist. Daher sprach er sich für eine Änderung der Flächenwidmung für diesen Teil aus. Der Bürgermeister sagte dazu, dass diese Überlegungen in einer entsprechenden Vorlaufzeit sinnvoll untersucht und bewertet hätten werden können. Mag. Ladich sprach sich ebenfalls für den Lückenschluss aus, weil das Areal mit wenig Aufwand an das bestehende Infrastrukturnetz angeschlossen werden kann. Die Flächenwidmung sollte mit entsprechender vertraglicher Absicherung auf fünf Jahre begrenzt werden. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass alle diese hier noch offenen Fragen mit den Eigentumsvorgängern von Frunpark bereits vor der Änderung der Flächenwidmung vertraglich geregelt waren. Nach weiterer heftiger Diskussion stellte Michael Koss den Antrag, die Entscheidung über den vorliegenden Antrag auf Änderung der Flächenwidmung jetzt zurückzustellen und das Projekt mit den Antragstellern entsprechend der vom Bürgermeister beschriebenen Vorgangsweise vorzubereiten. Dafür soll vom Gemeinderat eine Arbeitsgruppe mit jedem interessierten Gemeinderatsmitglied gebildet werden. Norbert Samwald zog daraufhin seinen Antrag zurück. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs schloss sich diesem Antrag an. Michael Boschner änderte seinen ursprünglichen Antrag so ab, dass der Antrag auf Änderung der Flächenwidmung jetzt abgewiesen und nach einer Vorbereitung entsprechend der vom Bürgermeister beschriebenen Vorgangsweise neuerlich dem Gemeinderat zu Behandlung vorgelegt wird. Für diesen Antrag stimmten mit Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, Franz Huszar, Michael Boschner, Paul Czerwenka, Michaela Strantz, Dr. Christa Wendelin, Ing. Wolfgang Kment, Wilhelm Laufer, Christine Henhagl, Christian Ortner, Eva Nebenmayer und Gabriele Arndt zwölf Gemeinderatsmitglieder. Ing. Stefan Pfaller enthielt sich der Stimme, die restlichen elf Gemeinderatsmitglieder stimmten dagegen, wodurch Stimmgleichheit bestand. Nach einer Unterbrechung der Sitzung von 21.55 bis 22.05 Uhr erklärte der Schriftführer Otto Lippert, dass nach den Bestimmungen des §42 Abs1 der Burgenländischen Gemeindeordnung ein Antrag bei Stimmgleichheit abgelehnt ist. Entsteht bei Entscheidungen, die die Erlassung von Bescheiden zu Gegenstand haben, Stimmgleichheit, so gilt als beschlossen, wofür der Vorsitzende gestimmt hat. Der Antrag von Michael Koss wurde danach mit vierzehn Zustimmungen der Mandatare der SPÖ, Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, Mag. Rudolf Ladich, Paul Czerwenka, Franz Peter Bresich, Christian Ortner, Eva Nebenmayer und Christine Henhagl bei einer Stimmenthaltung von Ing. Stefan Pfaller und neun Gegenstimmen der restlichen Gemeinderatsmitglieder angenommen.

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs lud interessierte Gemeinderatsmitglieder ein, sich in die genannte Arbeitsgruppe bei ihm zu melden.

7.) Verkauf Graben, Hausplatzerweiterung „Waldweg“ (Audio 02:52:40-02:59:20)

Gottfried Wallentich war bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes befangen und verließ den Sitzungssaal. Er ist der Onkel des Kaufwerbers Ing. Daniel Wallentich.

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtet, dass der Gemeindevorstand der Ersten Burgenländischen gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft regGenmbH, der Firma Allodium GmbH, Johannes Korlath und Ing. Daniel Wallentich den Verkauf von Teilflächen des Grundstückes Nr.864 um € 65,- pro Quadratmeter als Hausplatzerweiterung zugesichert hat. Zuletzt hat Ing. Daniel Wallentich darauf hingewiesen, dass er bei seinem Bauplatz bereits eine Einfriedungsmauer errichtet hat und die auf ihn entfallende Fläche außerhalb liegt. Dadurch ist diese Fläche nicht als Bauland nutzbar und den vorher genannten Preis nicht wert. Er würde

die Fläche trotzdem um dem für landwirtschaftliche Flächen üblichen Kaufpreis von € 7,60 pro Quadratmeter erwerben, wenn die Flächenwidmung bei „G1 Grünland landwirtschaftlich genutzt“ bleibt. Die entsprechenden Hausplatzerweiterungsflächen sind im Zuge des nächsten Flächenwidmungsplanänderungsverfahrens von „G1 Grünland landwirtschaftlich genutzt“ in „Bauland Wohngebiet BW“ zu ändern. Nach kurzer Beratung stimmte der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Norbert Samwald, Franz Huszar, Michaela Strantz, Dr. Christa Wendelin und Franz-Peter Bresich dem Verkauf auf diese Art einstimmig zu. Der gegenständliche Kaufvertrag des Notars Mag. Thomas Holler aus Neusiedl am See, GZ 874/18E bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses und ist diesem Protokoll beigelegt.

Danach erließ der Gemeinderat einstimmig nachstehende

VERORDNUNG

des Gemeinderates von PARNDORF vom 25.06.2019 Zahl: 251-2018 mit der die Entwidmung vom öffentlichen Gut laut Entwurf der Vermessungsurkunde der Senftner Vermessung ZT-GmbH aus 7100 Neusiedl am See, Obere Hauptstraße 52-54, vom 14.11.2018, GZ 8183, wie folgt verordnet wird:

§ 1

Gemäß §64 der Burgenländischen Gemeindeordnung in der geltenden Fassung werden Teilflächen des Grundstücks Nummer 864 der EZ 1 vom öffentlichen Gut der Gemeinde Parndorf entwidmet:

Abschreibung von				Zuschreibung zu	
EZ	Gst.Nr.	Trennstück	Fläche in m ²	EZ	neuem Grundstück Nummer
1	864	1	56	209	2712/1
1	864	2	252	1840	866
1	864	3	81	3491	867/1
1	864	4	82	3491	867/2
1	864	5	202	3757	868
1	864	6	112	3827	870

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Nach Abschluss der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt nahm Gottfried Wallentich an den weiteren Beratungen wieder teil.

Die nächsten Tagesordnungspunkte werden nicht öffentlich behandelt.

16.) Allfälliges

a) (Audio 03:32-40-03:34:00) Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs kündigt an, dass die nächste Gemeinderatssitzung am 23.07.2019 um 19:00 Uhr stattfinden wird.

b) (Audio 03:34:00-03:35:20) Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtet, dass die Ärztekammer für Burgenland mitgeteilt hat, dass sie auf Grund der Ausschöpfung des Kontingentes 2019 keinen Antrag auf Erteilung des von der Gemeinde Parndorf angeregten Berufstitels „Medizinalrates“ für Dr. Christine Loidl an das Bundesministerium für Gesundheit stellen kann. Das Präsidium der Ärztekammer hat beschlossen, den gegenständlichen Antrag in Evidenz zu halten.

c) (Audio 03:35:20-03:37:40) Bürgermeister Ing. Kovacs Wolfgang berichtet, dass der Vertrag von Dr. Christine Loidl mit der Burgenländischen Gebietskrankenkasse mit 30.06.2019 ausläuft. Er hat die Möglichkeiten einer Nachbesetzung beziehungsweise Schaffung einer neuen Vertragsstelle angefragt, bisher jedoch noch keine Antwort erhalten. Dr. Loidl hat erklärt, dass sie überlegt, ihre Praxis als Wahlärztin weiterzuführen. Die Gemeinde Parndorf müsste danach den Vertrag für die Erfüllung der Aufgaben als Gemeindeärztin der neuen Situation anpassen, weil aktuell nur Dr. Etelka Wuketich-Dudas als Gemeindeärztin vertraglich eingesetzt werden kann. Die Gebietskrankenkasse hat eine entsprechende Prüfung zugesagt.

d) (Audio 03:37:40-03:42:10) Auf eine Anfrage von Ing. Stefan Pfaller sagte Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs zu, dass zumindest für die Zeit der Umleitung der öffentlichen Busse wegen dem Umbau der B10-Brücke über die Leitha in Bruckneudorf durch das Brucker Militärlager und den Waldweg zumindest vom Ende des Ortsgebietes am Waldweg bis zur beschränkten Eisenbahnkreuzung ein Fahrverbot für den PKW-Verkehr und eine Geschwindigkeitsbeschränkung mit 30 Stundenkilometer zu schaffen.

e) (Audio 03:42:10-03:43:00) Gabriele Arndt lud die Gemeinderatsmitglieder zur Preisverleihung nach dem

Fotowettbewerb am 26. Juni 2019 in die Volksschule ein.

f) (Audio 03:43:00-03:43:30) Auf eine Anfrage von Dr. Christa Wendelin berichtete Gabriele Arndt, dass die alte Telefonzelle für ein offenes Bücherregal derzeit saniert und umgebaut wird. Sie wird in der südlichen Grünfläche des Mittelangers in der Hauptstraße aufgestellt werden.

g) (Audio 03:43:30-03:49:20) Auf eine Anfrage von Dr. Christa Wendelin berichtete Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, dass die Parteistellung im Verfahren zur 3. Piste des Flughafens Wien abgelehnt wurde. Nach Auskunft des Anwaltes gibt es die Möglichkeit einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof, einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof oder einer Beschwerde bei der EU-Kommission. Die Frist dafür läuft mit 16. Juli 2019 aus. In der Zwischenzeit sucht das Dialogforum Kompromissmöglichkeiten zur Lösung der Probleme. In der 28. Kalenderwoche wird es dazu eine Besprechung geben. Danach kann eine Entscheidung über die weitere Vorgangsweise getroffen werden.

h) (Audio 03:49:20-03:53:10) Auf eine Anfrage von Michael Koss berichtete Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, dass vorrangig das Reinwasser im Pumpwerk „Schulsiedlung“ von der Gemeinde Parndorf zum Giesen der öffentlichen Grünanlagen verwendet wird. Erst wenn ausreichend Wasser vorhanden ist, können auch Landwirte aus Parndorf von hier entnehmen.

i) (Audio 03:53:10) Paul Czerwenka berichtete, dass die Firma Kotzian einen Beachvolleyballplatz im Bereich des Badestrandes im Echopark baut.

Danach ist die Tagesordnung erschöpft und nichts wird mehr vorgebracht. Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs dankt allen Erschienenen für ihre rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der vorsitzende Bürgermeister:

Die Mitglieder des Gemeinderates:

Der Schriftführer: